

Medienmitteilung

Der Abbau trifft den Bildungsbereich zu hart

Heute hat die Regierung informiert, wie sie die Abbaumassnahmen zur Entlastung des Kantonsbudgets umsetzen möchte. Die Vorschläge treffen den Bildungsbereich zu hart. Gespart werden soll in allen Bildungsbereichen. Besonders stossend sind die Abbaupläne bei der Integration, der individuellen Förderung und in der Berufsbildung.

Bern, 30. Juni 2017 – Volksschule, Berufsbildung, höhere Fachschulen und Hochschulbereich; wenn es nach dem Willen der Berner Regierung geht, schlagen die Massnahmen zur Entlastung des Kantonsbudgets in allen Bildungsbereichen zu Buche. Drei von vielen Massnahmen seien hervorgehoben: Auf Volksschulstufe soll der zur Verfügung stehende Pool an Lektionen für die Integration und besondere Massnahmen in der Volksschule (IBEM) ab 1. August 2018 reduziert werden. Beim Lehrplan 21 soll die vorgesehene Aufstockung um zwei Lektionen beim abteilungsweisen Unterricht auf Sekundarstufe 1 gestrichen werden. Und: Die Berufsbildung soll zentralisiert, die Kosten der Brückenangebote analog der Volksschule stärker den Gemeinden angelastet werden.

Diese Vorschläge führen zu einem Abbau bei der Integration, die bereits unter heutigen Bedingungen vielerorts zu Überforderung führt. Und sie verschlechtern die Chancen der individuellen Förderung mit dem Lehrplan 21. Die Rahmenbedingungen, unter denen Bildung Bern die Integration und den neuen Lehrplan unterstützt, sind damit teilweise in Frage gestellt. Dazu kommt, dass der geplante Bildungsabbau die ländlichen Regionen besonders stark trifft – nicht nur durch die erwähnten Massnahmen bei Berufsbildung, sondern auch durch Streichung der Beiträge an den Schülertransport und durch die Kostenverschiebung bei den Brückenangeboten.

Für Bildung Bern ist klar, dass die rote Linie im Bildungsbereich längst erreicht ist und dass weitere Sparübungen nicht zu verkraften sind. Es geht um die Qualität der Bildung, um die Zukunft von Kindern und Jugendlichen und um geeignete Rahmenbedingungen, unter denen Bildungsfachpersonen ihren Auftrag wahrnehmen können.

Der Berufsverband analysiert die Vorschläge der Regierung nun im Detail und definiert in Absprache mit Partnerorganisationen die angezeigten Schritte. Fest steht: Die zugesicherte Lohnentwicklung steht für Bildung Bern nicht zur Diskussion und muss weitergeführt werden. Die Kampagne «Stopp Bildungsabbau» wird mit aller Konsequenz fortgesetzt.

Medienkontakt: Martin Gatti, Präsident Bildung Bern, Tel. 079 704 82 65